Anfragen zum Plenum

in der 39. Kalenderwoche

Verzeichnis der Fragenden mit Fragen (alphabetisch)

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER)

Bezüglich des Zustands der Staatsstraßen in Bayern frage ich die Staatsregierung, bei wie viel Prozent des Staatsstraßennetzes der Warnwert überschritten ("intensive Beobachtung erforderlich") bzw. der Schwellenwert überschritten ist ("Maßnahmen erforderlich") (bitte aufgeschlüsselt nach Gesamtbayern und Regierungsbezirken), welchen Erhaltungszustand die Staatsregierung für die bayerischen Staatsstraßen bis Ende 2018 anstrebt und ob die vorgesehenen Finanzmittel dafür ausreichen?

Horst Arnold (SPD)

Ich frage die Staatsregierung, inwieweit gibt es Richtlinien bezüglich des Neutralitätsgebots von politischen Äußerungen zum regionalen Tagesgeschehen an bayerischen Schulen vor dem Hintergrund, dass am Schulhof der Grundschule in Garmisch-Partenkirchen ein Banner der Initiative "für 2 Tunnel zum Kramertunnel" angebracht ist?

Inge Aures (SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie groß ist aktuell die Differenz zwischen der Soll- und der Ist-Stärke bei den Stellen der Polizeiinspektion (PI) Bamberg Land, wie viele Beamte wurden im vergangenen Jahr bei der PI Bamberg Land eingestellt und kann die PI Bamberg Land sämtliche ihr zugewiesenen Aufgaben auch planmäßig erfüllen?

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer (FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, ist ihr die Anzahl (nach neuesten Pressemeldungen wurden von Januar 2015 bis Juni 2017 bundesweit rund 230.000 Anträge für "Visa zur Familienzusammenführung" bewilligt) der bewilligten Visa zur Familienzusammenführung für Deutschland bekannt, wie schätzt sie die Anzahl der Anträge auf Familiennachzug in Bayern für die Jahre 2017 und 2018 ein und wie stellt die Staatsregierung sich die Integration und die damit zusammnehängende Problematik der nachgezogenen Familienmitglieder vor?

Susann Biedefeld (SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie bewertet sie, dass die Gesellschafterversammlung der Projektgesellschaft Verkehrslandeplatz Coburg mbH (PGVC) das laufende Planfeststellungsverfahren für den Neubau eines Verkehrslandeplatzes bei Neida (Landkreis Coburg), trozt der bereits von den Fachbehörden geprüften und

positiv bewerteten Kombilösung, für den Werkflugverkehr im Wirtschaftsraum Coburg/Bamberg den Coburger Verkehrslandeplatz Brandensteinsebene für den Instrumentenflugbetrieb zu ertüchtigen und für größere Flugzeuge den Flugplatz Bamberg-Breitenau auszubauen, nicht stoppen will, wann konkret können alle Beteiligten (PGVC, Stadt Bamberg etc.) mit einer klaren, unmissverständlichen und schriftlichen Genehmigung durch alle beteiligten Behörden (z. B. Luftfahrtamt Nordbayern etc.) für die Kombilösung, die die Staatsregierung vorgeschlagen hat, rechnen und in welcher Größenordnung gedenkt die Staatsregierung, sich an den bereits entstandenen Planungskosten in Höhe von knapp 3 Mio. Euro zu beteiligen?

Florian von Brunn (SPD)

Nachdem es in der Schweiz im August und September 2017 zu verheerenden Bergstürzen gekommen ist und Forscher dafür die Klimakatastrophe verantwortlich machen, frage ich die Staatsregierung, an welchen Bergen in den bayerischen Alpen ebenfalls Bergstürze drohen bzw. drohen könnten, wie diese Gipfel genau überwacht werden (bitte unter Angabe der Art der Überwachung und des Zeitintervalls) und welche konkreten Faktoren nach Erkenntnissen der Staatsregierung für diese jeweilige Bergsturzgefahr verantwortlich sind?

Kerstin Celina (GRU)

Ich frage die Staatsregierung, wie sich die Anzahl der Personen erklären lässt, die Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch (SGB) Zwölftes Buch (XII), Hilfen zur Gesundheit, erhalten, obwohl es seit dem 01.04.2007 gemäß § 5 Abs. 1 SGB V Versicherungspflicht gibt (bitte auch auf Fallkonstellationen eingehen, die einen Verlust der gesetzlichen Krankenversicherung darstellen), wie die Staatsregierung die Aussage kommentiert, dass es sich bei einem Teil derjenigen Personen, die Hilfen zur Gesundheit erhalten, um sogenannte Altfälle handelt, die damals nicht in die Versicherungspflicht "hineingekommen sind" und wie es sein kann, wenn gemäß § 186 Abs. 11 Satz 3 SGB V für Personen, die am 01.04.2007 keinen anderweitigen Anspruch auf Absicherung im Krankheitsfall haben, an diesem Tag die Mitgliedschaft beginnt?

Ilona Deckwerth (SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Ausbilderinnen bzw. Ausbilder und Lehrkräfte sind bayernweit an Heilerziehungspflegeschulen tätig, welche Einstellungsvoraussetzungen gibt es für diese beiden Personengruppen und wie werden diese jeweils tariflich eingruppiert?

Dr. Sepp Dürr (GRU)

Ich frage die Staatsregierung, welche staatlichen Fonds und Stiftungen zahlen für ihr bei Banken und Sparkassen eingelegtes Fonds- oder Stiftungskapital Negativzinsen, auf welche Beträge belaufen sich die Zinszahlungen bisher jeweils und bei welchen Banken oder Sparkassen wird das Kapital jeweils gehalten?

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER)

Nachdem die Ergebnisse der Straßenverkehrszählung 2015 für Bundes-, Staats-, und Kreisstraßen – zumindest in Listenform – inzwischen vorliegen und sich die Zählarten von denen der Vorjahre unterscheiden, frage ich die Staatsregierung, wofür die Abkürzungen der Zählarten stehen, wie die Zählungen im jeweiligen

Fall durchgeführt wurden (insbesondere für die Abkürzungen "TRf", "Tf", "TM" und "TR") und wo sich die neuen Zähstellen 62229398, 62229399 und 62229400 genau befinden?

Martina Fehlner (SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Asylbewerberinnen und bewerber haben in den vergangenen 24 Monaten während ihres laufenden Asylverfahrens in den Landkreisen Aschaffenburg und Miltenberg sowie in der Stadt Aschaffenburg eine Arbeits- oder Ausbildungserlaubnis durch die Ausländerbehörde erhalten (bitte aufgeschlüsselt in absolute und prozentuale Zahlen), wie hoch war die jeweilige Quote der Asylbewerberinnen und -bewerber, die eine Arbeits- oder Ausbildungserlaubnis erhalten haben (differenziert nach Herkunftsländern) und wie bewertet die Staatsregierung diese Zahlen im Vergleich zu anderen bayerischen Landkreisen?

Günther Felbinger

(fraktionslos)

Ich frage die Staatsregierung, wie konnte es zu einer Verlegung von 14 Frauen und (Kleinst-)Kindern aus Somalia in die Flüchtlingsunterkunft der 812 Einwohner zählenden Gemeinde Mittelsinn (Lkr. Main-Spessart) kommen, ohne dass die Gemeindeverwaltung mitsamt Bürgermeister und Helferkreis darüber informiert worden sind, wieso werden die somalischen Frauen an einen Ort geschickt, wo weder dort noch in den benachbarten Kommunen Kindertagesplätze und Dolmetscher vorhanden sind und aufgrund von derzeitigen Bauarbeiten auch keine öffentlichen barrierefreien ÖPNV-Haltestellen nutzbar sind, was vornherein die Möglichkeiten zur Integration und zum Besuch von Integrationskursen für die Frauen verhindert, und wie beabsichtigt die Staatsregierung diesem Missmanagement zu begegnen?

Markus Ganserer (GRU)

Ich frage die Staatsregierung, wann hat die Bayerische Eisenbahngesellschaft die Technische Universität (TU) Dresden beauftragt, das gesamte bayerische Schienen- und Ausschreibungsnetz zu analysieren und Empfehlungen zu entwickeln, welche Netze im Rahmen einer Dekarbonisierungsstrategie sich besonders für Elektrifizierungen oder innovative Antriebskonzepte eignen, welche konkrete Aufgabenstellung lag dem Auftrag an die TU Dresden zugrunde und wann ist mit Ergebnissen der Studie zu rechnen?

Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD) Nachdem derzeit bei der Bayerischen Polizei ein Pilotversuch zur Einführung eines polizeiinternen Messenger-Dienstes läuft, frage ich die Staatsregierung, ob das getestete Programm eine Ende-zu-Ende-Verschlüsselung für die Übermittlung von Nachrichten und Bilddateien anbietet und verneinendenfalls, weshalb darauf verzichtet wurde?

Thomas Gehring (GRU)

Nachdem aus der Antwort auf eine Schriftliche Anfrage des Abgeordneten Thomas Mütze vom Juli dieses Jahres (ohne Drucklegung) hervorgeht, dass zu diesem Zeitpunkt mehr als die Hälfte aller Anträge auf Förderung durch den Digitalbonus noch nicht bearbeitet waren, innerhalb der ersten Woche nach der Neuauflage aber bereits 400 neue Anträge von Unternehmen für den Digitalbonus eingegangen sind, frage ich die Staatsregierung, wie viel

der "alten" und der neu gestellten Anträge inzwischen abgearbeitet sind, wie sie eine zügige Bearbeitung in Zukunft sicherstellt und ob eventuell mehr Personal bereit gestellt werden muss?

Ulrike Gote (GRU)

Mit Bezug auf die Flussperlmuscheldiebstähle im Sommer 2016 im Raum Rehau, Oberfranken und meine Schriftliche Anfrage vom 27.10.2016 (Drs. 17/14585) frage ich die Staatsregierung, welche Ermittlungsergebnisse es bezüglich des Diebstahls mittlerweile gibt, ob es zu erneuten Diebstählen kam und was die für 2017 angekündigte Zählung der Flussperlmuschelbestände in Oberfranken ergeben hat (bitte mit Angabe zur Altersstruktur).

Eva Gottstein (FREIE WÄHLER) Ich frage die Staatsregierung, inwiefern trifft es zu, dass das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat (StMFLH) die Unterschreitung der elfstündigen Mindestruhezeit, die durch die Ausarbeitung und rechtliche Bewertung der Arbeitsgruppe "AZM" (= Arbeitszeitmodelle) zu den neuen Arbeitszeitmodellen der Bayerischen Polizei erfolgt ist, mitträgt und gibt es hierzu eine entsprechende schriftliche Korrespondenz zwischen dem Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr und dem StMFLH, aus der eine solche Anfrage und entsprechende Zustimmung oder ggf. Ablehnung hervorgeht?

Martin Güll (SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Bewerberinnen und Bewerber aus anderen Regierungsbezirken haben ihre Planstelle in Oberbayern an den Grund- und Mittelschulen zum Schuljahresbeginn 2017/2018 nicht angetreten, welche Qualifikation hatten die Nachrücker für diese abgelehnten Einstellungsangebote und wie viele Bewerber stehen als Mobile Reserve an den Grund- und Mittelschulen zu den Einstellungsterminen 01.11.2017 und 15.02.2018 zur Verfügung?

Volkmar Halbleib (SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie haben sich die Fördermittel für zivilgesellschaftliche Initiativen gegen Rechtsextremismus in Bayern in den vergangenen zehn Jahren entwickelt (bitte pro Jahr in absoluten Zahlen und pro Kopf angeben), plant die Staatsregierung eine Erhöhung der Mittel für zivilgesellschaftliche Initiativen gegen Rechtsextremismus in den kommenden Jahren und wenn nein, warum nicht?

Ludwig Hartmann (GRU)

Welcher Sachverhalt muss(te) – wie in der Antwort der Staatsregierung auf die Schriftliche Anfrage der Abgeordnten Ludwig Hartmann und Jürgen Mistol betreffend "Entschädigung der Verwaltungsratsmitglieder bayerischer Sparkassen 2016" vom 03.07.2017 angedeutet – bezüglich der Einhaltung der Entschädigungsrichtlinien für Verwaltungsratsmitglieder bei einer Sparkasse konkret geklärt werden, inwieweit kam es in diesem Fall zu Abweichungen bzw. Unklarheiten und um welche Sparkasse handelt es sich?

Christine Kamm (GRU)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Jugendliche mit Migrations- und Fluchthintergrund haben die Berufsintegrationsklassen der Berufsschulen nach dem Schuljahr 2016/2017 erfolgreich absolviert (bitte auch Anzahl der Jugendlichen angeben, die eine

Ausbildung begonnen haben), wie viele Jugendliche mit Migrations- und Fluchthintergrund können aufgrund von erteilten Arbeits- und Ausbildungsverboten ihre Ausbildung nicht beginnen und betrachtet die Staatsregierung die Arbeits- und Ausbildungsverbote für die genannten Jugendlichen als förderlich für die bayerische Wirtschaft?

Annette Karl (SPD)

Ich frage die Staatsregierung, aus welchen Gründen steht auf der Homepage des Zentrums Bayern Familie und Soziales im Themenbereich "Menschen mit Behinderung — Mobilität und Verkehr – Nahverkehr" bei den Erläuterungen zur Notwendigkeit der Beantragung einer "Wertmarke für die Freifahrtberechtigung" kein entsprechendes Antragsformular zum Download zur Verfügung?

Günther Knoblauch (SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Stellen für Beamtinnen bzw. Beamte und Angestellte gab es zum 01.01.2017 an den bayerischen Finanzämtern, wie viele davon waren tatsächlich mit Arbeitskräften besetzt und auf wie vielen dieser Stellen wurden Anwärterinnen bzw. Anwärter ausgebildet?

Ulrich Leiner (GRU) Ist der Staatsregierung bekannt, ob einzelne Mitglieder des Verwaltungsrats der Sparkasse Allgäu in dem Zeitraum vom 01.01.2001 bis 30.06.2016 bei der Zweigniederlassung Sparkasse Riezlern (Österreich) ein Konto hatten?

Andreas Lotte (SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie haben sich in Bayern die Ausgaben für Forschung und Entwicklung, gemessen in Prozent am Bruttoinlandsprodukt, in den letzten drei Jahren jeweils entwickelt, und welche Entwicklung strebt die Staatsregierung in den drei Jahren ab 2017 jeweils an?

Jürgen Mistol (GRU)

Ich frage die Staatsregierung, welchen Stellenwert misst sie der kommunalen Förderung bedeutender Sportgroßveranstaltungen mit kommerziellem Charakter zu, wurden in den vergangenen zehn Jahren Art und Umfang solcher geförderter Veranstaltungen hinsichtlich finanzieller Höhe oder der Bereitstellung von Material oder Verwaltungsunterstützung von der Kommunalaufsicht beanstandet und wie beurteilt die Staatsregierung die aus solchen Veranstaltungen resultierende ökonomische Wertschöpfung beziehungsweise den Mehrwert solcher Veranstaltungen für die jeweiligen Kommunen?

Ruth Müller (SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie hoch waren in den Jahren von 2013 bis 2017 die jeweiligen staatlichen Zuschüsse für die einzelnen Frauenhäuser in Bayern, wie war der Stand der Belegung der einzelnen Frauenhäuser von 2013 bis 2017 (Anzahl der Frauen und der Kinder) und wie viele Frauen und Kinder mussten je Frauenhaus abgewiesen werden (ebenfalls aufgeführt von 2013 bis 2017)?

Thomas Mütze (GRU)

Nachdem der 3. Senat des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs die Beschwerde des Staatsministeriums der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat mit der Entscheidung vom 24.04.2017 (Az.: 3 CE 17.434) über die Besetzung bzw. Nichtbesetzung der

Stelle des Präsidenten bzw. der Präsidentin des Finanzgerichts München unanfechtbar abgelehnt hat, frage ich die Staatsregierung, ob diese Stelle inzwischen mit einem Bewerber bzw. einer Bewerberin auf die betreffende Ausschreibung aus dem Jahr 2016 besetzt ist, wenn ja, mit welcher Bewerber bzw. Bewerberin und wenn nein, wann aus Sicht der Staatsregierung mit der Besetzung der Stelle zu rechnen ist?

Kathi Petersen

(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Behörde hat darüber entschieden, im Schuljahr 2017/2018 nur 60 von 125 unterfränkischen Lehrerinnen und Lehrern an Grund- und Mittelschulen, die seit Jahren im Regierungsbezirk Oberbayern im Einsatz sind, zurückzuversetzen, zugleich aber 166 von 216 neuen Bewerberinnen und Bewerbern für die Beamtenplanstellen an Grund- und Mittelschulen im Regierungsbezirk Unterfranken zu belassen und welche Kriterien liegen diesen Entscheidungen zugrunde?

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Kinder und Jugendliche sind jeweils in den einzelnen bayerischen Regierungsbezirken armutsgefährdet, wie hoch sind demnach die jeweiligen Armutsgefährdungsquoten und wie haben sich diese seit 2011 entwickelt?

(SPD)

Dr. Christoph Rabenstein Ich frage die Staatsregierung, wie ist es strafrechtlich zu bewerten, wenn Vergewaltigungen eines Teils der Bevölkerung öffentlich als "recht und billig" bezeichnet werden, wurden solche Äußerungen zuletzt bei bayerischen PEGIDA-Auftritten vonseiten der Polizei wahrgenommen und wenn ja, wurden strafrechtliche Ermittlungen eingeleitet?

Doris Rauscher (SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Alleinerziehende sind jeweils in den einzelnen bayerischen Regierungsbezirken armutsgefährdet, wie hoch sind demnach die jeweiligen Armutsgefährdungsquoten und wie haben sich diese jeweils seit 2011 entwickelt (falls möglich, bitte Antworten jeweils nach Anzahl der Kinder ausdifferenzieren)?

Markus Rinderspacher (SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Kriterien sollen bei der Vergabe von Fördermitteln für Maßnahmen zum Schutz vor Sturzfluten an Kommunen gelten, wie verteilen sich die Fördermittel auf die kommenden Haushaltsjahre und wie hoch müssen die Investitionen im Gesamten sein, um alle bayerischen Kommunen ausreichend vor Sturzfluten zu schützen?

Florian Ritter (SPD)

Ich frage die Staatsregierung, in wie vielen Fällen aus dem Bereich der Sexualstraftaten wurde nach ihrer Kenntnis in den letzten zwei Jahren eine "kulturelle oder religiöse Prägung" des Täters als Strafmilderungsgrund (bezugnehmend auf die Pressemitteilung des Staatsministeriums des Innern, für Bau und Verkehr vom 20.09.2017) rechtskräftig anerkannt und gibt es analog zur Rechtsprechung in Fällen sogenannter Ehrenmorde höchstrichterliche Entscheidungen, wann ein solcher "Rabatt" auch im Sexualstrafrecht für zulässig erklärt wurde, und wie lauten die entsprechenden Voraussetzungen dafür?

Bernhard Roos

(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wann gibt es Förderprojekte für Studentenwohnhäuser für Passau und Deggendorf bzw. an welchen Kriterien orientiert sich die Auswahl der Städte, die mit entsprechenden Projekten bedacht werden und welche zehn Hochschulstandorte in Bayern weisen die höchste prozentuale Zunahme an Studenten seit den letzten fünf Jahren auf?

Georg Rosenthal (SPD)

Ich frage die Staatsregierung, inwieweit die Arbeitsgemeinschaft zur bayernweiten Einführung der elektronischen Krankenakte in den bayerischen Justizvollzugsanstalten mit der Medizininformatikinitiative des Bundesministeriums für Bildung und Forschung, die laut Verband der Universitätsklinika Deutschlands die Grundlagen für eine forschungskompatible, vernetzte Patientenakte erarbeitet, in Kontakt steht bzw. inwieweit die Überlegungen im Zuge der Einführung der elektronischen Patientenakte in Deutschland ab 2018 gemäß des Gesetzes für sichere digitale Kommunikation und Anwendungen im Gesundheitswesen (E-Health-Gesetz) mit dieser Arbeitsgemeinschaft abgestimmt werden?

Harry Scheuenstuhl (SPD)

Ich frage die Staatsregierung, ob es im Hinblick auf die Regelungen bei politischen Parteien in deren Satzungen, wonach Ortsverbände bzw. Ortsvereine die Delegierten zu Stimmkreiskonferenzen wählen, zur Gültigkeit der Wahl von Stimmkreisbewerberinnen und -bewerbern für die Landtags- bzw. Bezirkswahl, zwingend erforderlich ist, dass jeder Ortsverband bzw. Ortsverein Delegierte zur Stimmkreiskonferenz wählt und welche Konsequenzen nach Ansicht der Staatsregierung zu ziehen sind, wenn ein Ortsverband bzw. ein Ortsverein mit amtierendem Ortsverbandsvorsitzenden keine Mitgliederversammlung zur Wahl von Delegierten zur Stimmkreiskonferenz einberuft und damit Mitglieder dieses Ortsverbands bzw. Ortsvereins keine Möglichkeit haben, an der Bewerberaufstellung in ihrem Wahlkreis mitzuwirken?

Franz Schindler (SPD)

Bezugnehmend auf meine Schriftliche Anfrage vom 20.06.2017 betreffend "Einsatz von V-Personen im Bereich der Gefahrenabwehr" und die Antwort des Staatsministeriums des Innern, für Bau und Verkehr (StMI) vom 17.08.2017, wonach "ein VP-Einsatz im Bereich der Gefahrenabwehr insbesondere in den ... Deliktsbereichen der Schwerkriminalität, der Organisierten Kriminalität, des illegalen Betäubungsmittel- und Waffenhandels, der Falschgeldkriminalität sowie bei Staatsschutzdelikten mit dem Ziel der Ausforschung des kriminellen Milieus in Betracht" komme, frage ich die Staatsregierung, in welchen der genannten Deliktsbereiche zur Zeit tatsächlich V-Personen im Einsatz sind und in wie vielen Fällen das StMI für den präventiven Einsatz von VP im Staatsschutzbereich Einzelfallgenehmigungen erteilt hat?

Helga Schmitt-Bussinger (SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche der Staatsstraßen im Regierungsbezirk Mittelfranken sind gemäß den Zustandserfassungen und -bewertungen (ZEB) vom Jahr 2015 sanierungsbedürftig (bitte nach Landkreis, Straßen und Abschnitt einzeln ausweisen), welcher Kosten bedarf es jeweils und wann konkret sollen die jeweiligen Schäden behoben werden (bitte einzeln angeben)?

Katharina Schulze

(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, gibt es in Bayern Urteile, die bei der Strafzumessung den religiösen oder kulturellen Hintergrund der Angeklagten strafmindernd berücksichtigt haben, wie der Staatsminister der Justiz, Prof. Dr. Winfried Bausback, zuletzt am 20.09.2017 bei der Pressekonferenz angedeutet hat, wenn ja, in welcher Weise und wenn nein, wieso stellt der Staatsminister der Justiz dann so eine Aussage in den Raum?

Gisela Sengl

(GRU)

Nachdem in der Antwort des Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten auf die Schriftliche Anfrage vom 15.11.2016 betreffend "Imkerei und Bienengesundheit" (Drs. 17/14972) bei der Antwort auf Frage 1.c) unter Bienenbrot und Honig auf Ergebnisse bis Mitte 2017 verwiesen wurde, frage ich die Staatsregierung, wie sich aufgrund der nun vorliegenden Analysen und Auswertungen der Untersuchungen und Ergebnisse beim Tiergesundheitsdienst Bayern (TGD) in den Jahren 2015 und 2016 die Situation der Belastung durch Umweltgifte und Pestizide darstellt?

Kathrin Sonnenholzner (SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Personen fallen nach ihrer Auffassung in die Gruppe der ehrenamtlich Tätigen, für die ein Expositionsrisiko besteht, das mit dem von beruflich tätigen Personen vergleichbar ist und für die die Ständige Impfkommission (STIKO) nun auch eine Impfung gegen Hepatitis A und B empfiehlt und wie soll darüber wirkungsvoll informiert werden?

Rosi Steinberger

(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, wann und wie oft hat die Rechtsaufsicht in den letzten 25 Jahren eingegriffen, um die Gemeinde Aicha vorm Wald zu einem ordnungsgemäßen Betrieb ihrer Kläranlage zu bewegen?

Reinhold Strobl

(SPD)

Hinsichtlich des, von der Staatsregierung erarbeiteten, Grundkonzepts "Bayern barrierefrei 2023" und des darin enthaltenen Teilbereichs Mobilität (ÖPNV und Bahnhöfe), frage ich die Staatsregierung, ob es für den Teilbereich Mobilität einen für alle Gemeinden verantwortlich geltenden Leitfaden für Mindeststandards zu den barrierefreien Zugangsstellen im ÖPNV gibt, bezogen auf Verkehrswege zu den Bahnsteigen, Verkehrswege an den Bahnsteigen, Verkehrswege allgemein, Beleuchtung, Einbauten und sonstige Hindernisse außerhalb der Verkehrswege, Niveaugleichheit, Toilettenanlagen, dynamische, visuelle und akustische Fahrgastservice- und Informationssysteme, visuelle und bodeninstallierte Wegeleitsysteme und Warteflächen für Fahrgäste?

Dr. Simone Strohmayr (SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie hoch waren in den Jahren von 2013 bis 2017 die jeweiligen staatlichen Zuschüsse für die einzelnen Frauennotrufe und Fachberatungsstellen in Bayern, wie hoch war die jeweilige Förderung insgesamt (2013 bis 2017) und wie war die personelle Besetzung in den Einrichtungen (2013 bis 2017)?

Angelika Weikert

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Menschen mit Migrationshintergrund in Bayern leben, über welchen Aufenthaltsstatus (SPD)

diese verfügen und wie lange sie sich schon in Deutschland aufhalten (bitte jeweils aufgegliedert nach Herkunftsländern)?

Jutta Widmann (FREIE WÄHLER) Ich frage die Staatsregierung, muss der permanente Lohnsteuerjahresausgleich für gastronomische Betriebe und gastronomische Veranstaltungen jedes Jahr neu von den Betroffenen beantragt werden oder erfolgt dieser seit der Einführung der Sonderregelung durch den Staatsminister der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat, Dr. Markus Söder, automatisch?

Herbert Woerlein (SPD)

Ich frage die Staatsregierung wie der aktuelle Stand der Ausarbeitung der Zuschussrichtlinien des Bayerischen Jugendrings zur Förderung der Aus- und Fortbildung von ehrenamtlichen Jugendleitern ist, wie das neue Antragsverfahren für die ehrenamtlich tätigen Jugendleiter konzipiert sein wird und wie garantiert wird, dass das neue Verfahren ehrenamtsgerecht und möglichst unkompliziert gestaltet wird?

Isabell Zacharias (SPD)

Nachdem die Sudbury Schule Ammersee zu Beginn des Schuljahrs 2017/2018 geschlossen wurde, frage ich die Staatsregierung, unter welchen Bedingungen die Schule wieder eröffnet werden kann und ob sie unter Vorbehalt zeitnah wieder eröffnet werden könnte.

Benno Zierer (FREIE WÄHLER) Ich frage die Staatsregierung, welche kommunalen Maßnahmen zum Flächenrecycling und zur Altlastensanierung wurden seit 2014 aus Mitteln des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) gefördert, in welcher Höhe wurden Mittel dafür eingesetzt und welche Fördermöglichkeiten bestehen darüber hinaus für Kommunen, die Maßnahmen zum Flächenrecycling und zur Altlastensanierung umsetzen wollen?